dodis.ch/34611

BOTSCHAFTERKONFERENZ 1972

Beilage XIV

Die Schweiz heute und morgen

Referat von Professor Karl Schmid,
Ordinarius für deutsche Sprache und Literatur
an der ETH Zürich

Bernerhof, 1. September 1972, 14.30 Uhr

Jede Aussage über die Zukunft ist, in wechselndem Grad, mit der Hypothek der Unsicherheit belastet. In den Bereichen, von denen Herr Bundespräsident Celio gesprochen hat - wirtschaftliche Entwicklung, strukturelle Fragen usf. - , muss gewiss auch mit nicht vorherzusehenden Geschehnissen gerechnet werden, aber eine sprunghafte Entwicklung oder radikale Umschläge sind, wenn nicht gerade Krieg ausbricht, wenig wahrscheinlich. Die Struktur unseres Staates und unserer Wirtschaft sind Elemente von beträchtlicher Konstanz; so kommt den Aussagen über das nächste Jahrzehnt ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit zu.

Was das Verhältnis der kulturellen, geistigen, psychologischen Fragen, die mir zugewiesen worden sind, zu den Sachbereichen betrifft, von denen Herr Celio gesprochen hat, wären sie in marxistischer Sicht als Ueberbau zu bezeichnen und besässen einen geringeren Grad von Wirklichkeitsgehalt und faktischer Relevanz. Insofern dabei aber von möglichen Entwicklungen der staatsbürgerlichen Mentalität gesprochen werden muss, könnte es sein, dass man Schichten berührt von ziemlicher Bedeutung. Wir wissen, in welchem Masse ideologische Strömungen, denen wir an sich wenig Gewicht zuzumessen bereit wären, festgefügte Strukturen über Nacht in Frage stellen können. Es sei an die Entwicklung an den amerikanischen,

./.

Dodis

dodis.ch/34611

französischen und deutschen Hochschulen um 1968 erinnert, deren Folgen weit über die Hochschulen hinaus reichten. Was Publizisten, Schriftsteller, Studenten, Fernseh- und Radioleute heute publizieren, enthält vielleicht in irgendeiner Form das, was wenige Jahre darauf die politische Szene bewegt und beherrscht. Herr Celio hat vom Skelett und den Muskeln und den Kreisläufen in unserem Staatskörper gesprochen; ich habe es eher mit den Nerven dieser Helvetia zu tun, mit ihren Komplexen und mit ihrem Kopfweh. So möchte ich versuchen, einige Züge der schweizerischen Gegenwart als Symptome ernstzunehmen und zu interpretieren.

I. Die Selbstverständlichkeit der Hochkonjunktur und des Friedens

Wovon soll da die Rede sein ? Nicht alles, was innerhalb der Grenzen unseres Staates geschieht, geht ihn als politisches Ordnungssystem an. Nur in totalitären Staaten besteht Identität von Staat und Gesellschaft; wir aber unterscheiden selbstverständlich zwischen dem Staat einerseits, der Gesellschaft oder der Nation anderseits. Da es sich hier um einen politischen "tour d'horizon" vor Diplomaten handelt, kommt es nicht in Frage, dass man einfach die geistigen, kulturellen, künstlerischen, wissenschaftlichen Geschehnisse der Gegenwart beschreibt. Hervorbringungen der Künste oder wissenschaftliche Entdeckungen müssen, obwohl sie innerhalb der Kunst- oder der Wissenschaftsgeschichte vielleicht Epoche machen, in diesem Zusammenhang nicht genannt werden, sofern wir der Ueberzeugung sind, dass es sich um Geschehnisse nur innerhalb der Kunst oder der Wissenschaft handle.

Es müssen also Kriterien gesucht werden für die Auswahl derjenigen geistig-kulturellen Elemente, denen wir unmittelbare staatspolitische Relevanz beimessen. Ich sehe, vereinfachend, zwei solcher Kriterien : die Geschehnisse auf den Feldern des Geisteslebens und der Kultur im weitesten Sinne sind staatspolitisch relevant, insofern sie sich auf die internationale Leistungsfähigkeit und Präsenz unseres Staates auswirken, oder aber, wenn sie und

./.

dodis.ch/34611

insofern sie die nationale Kohärenz berühren, den inneren Zusammenhang des Staates, den Willen zu ihm.

Es scheint mir für die jetzige Situation und wahrscheinlich auch für die Lage im kommenden Jahrzehnt kennzeichnend zu sein, dass weder die Frage der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, noch diejenige der nationalen Kohärenz grössere Teile der Nation beunruhigt.

Nach den Gründen hierfür braucht man nicht weit zu suchen. Sie liegen darin, dass man die Hochkonjunktur und den Frieden für selbstverständlich hält.

Mit jedem Tag nimmt die Zahl derjenigen Schweizer ab, die noch wissen, was Arbeitslosigkeit heisst. Heute macht nicht die Vollbeschäftigung Sorgen, sondern die Frage, woher man die Arbeitskräfte nimmt und wie man das Wirtschaftswachstum in den Griff bekommt. Nicht wie man der Armut Herr wird, ist das Problem, sondern was man mit dem Reichtum anfängt. So wie der Einzelne sich nun seit Jahrzehnten nicht besonders bemühen muss, um sich für einen Arbeitsplatz zu qualifizieren, scheint es selbstverständlich, dass die nationale Wirtschaft auch in Zukunft gedeiht. Unter solchen Umständen ist der Gedanke der nationalen Anstrengung nicht populär; erhöhte Anstrengung würde ja offenbar einfach die Konjunktur weiter anheizen und so die Probleme nur vergrössern.

Das andere, was sich ebenfalls als eine Art von Narkotikum auswirkt, ist die anscheinende Abwesenheit jeglichen politischen Druckes von aussen. Dass von keinem unserer Nachbarn zurzeit ein militärischer Angriff auf die Schweiz zu erwarten ist, darf als sicher gelten. Wer auf die Tatsache aufmerkaam zu machen sich erlaubt, dass eine halbe Flugstunde von der Schweiz entfernt politische Systeme bestehen, denen der Gedanke an die Weltrevolution nach wie vor eingeschrieben ist, gilt mindestens als taktlos. Die Selbstverständlichkeit, mit der nicht weit zurückliegende Vorgänge in Staaten, die zwischen Osteuropa und Westeuropa liegen, vergessen werden, ist erschreckend.

./.

dodis.ch/34611

Da man nun modischerweise die prinzipiellen Unterschiede selbst zwischen kommunistischen und westlichen politischen Systemen herabspielt, verwundert es nicht, dass ganz generell das Sensorium für dasjenige, was eine Nation ausmacht, weithin geschwunden ist. Es gehört heute zum guten Ton, alles zu bagatellisieren, was Staaten und Nationen unterscheidet. Da ist es denn klar, dass die Frage der Kohärenz, des Zusammenhangs, ja des Bestandes unseres Staates wenigen den Schlaf raubt.

Was die zeitgenössische Diskussion eidgenössischer Zukunftsfragen kennzeichnet, ist diese selbstverständliche Ueberzeugung, es werde immer so gut gehen, wie es geht, und eigentlich Böses gebe es in der Welt, den Vietnamkrieg und spätkapitalistisch-kolonialistische Phänomene ausgenommen, nicht mehr.

./.

dodis.ch/34611

II. Voraussetzungen der nationalen Leistungsfähigkeit

Eigentliche Daseinsprobleme der Schweiz scheint es also nicht zu geben. Man muss sich, mit dem Blick auf die siebziger Jahre, doch wohl fragen, ob das stimmt. Geht es wirklich nur um das Sosein unseres Staates ? Sind die aussenpolitische Unangefochtenheit und die blühende Wirtschaft wirklich selbstverständlich gesichert ? Sind sie so gesichert, dass die Leistung der Nation, der Grad der nationalen Anstrengung, unwesentlich ist ? So selbstverständlich, dass das Parlament, wenn es Grundfragen der künftigen Politik diskutiert, vornehmlich oder ausschliesslich an die Ansprüche des Volkes an den Staat denken darf und nicht denken muss an die Beanspruchungen, denen die Nation als Ganzes ausgesetzt sein könnte ?

Gewiss droht uns militärisch von den Nachbarn keine Gefahr. Ob das einen hinreichenden Grund darstellt, die Landesverteidigung wesentlich abzubauen oder ganz in Frage zu stellen, wäre zu prüfen. Wie rasch der Funke überschlagen kann von Krisenherden, die ziemlich weit entfernt sind, haben wir in den letzten Jahren mehrfach erfahren können. Selbst wenn wir vom Mittelmeerraum absehen, wird niemand behaupten wollen, dass in der Zone zwischen der Bundesrepublik, Oesterreich, Italien und Jugoslawien einerseits und den östlich davon sich befindenden Staaten anderseits nicht Sprengstoff bereitliege. Ob es, wenn dort etwas in Bewegung gerät bei Exekutionen von der bekannten ungarischen oder tschechischen Art bleibt, kann man nicht wissen. Im Blick darauf muss daran erinnert werden, dass man zwar politisch und wirtschaftlich sozusagen über Nacht auf neue Situationen reagieren kann, aber der Aufbau einer Landesverteidigung ist eine nicht nur mittelfristige, sondern langfristige Aufgabe. Nur ein Narr zahlt die Beiträge an eine Spitalversicherung nicht, wenn er sich gesund fühlt.

Wichtiger ist im Augenblick aber wohl jenes andere Element, welches sich in diesem allgemein beschwichtigenden Sinne

./.

dodis.ch/34611

auswirkt : die Hochkonjunktur. Die Vereinbarungen mit der Europäischen Gemeinschaft werden sich in diesen siebziger Jahren auswirken. Es versteht sich von selber, dass ich zum Wesen und zur Tragweite dieser Vereinbarungen nichts sage; das ist von Herrn Bundespräsident Celio behandelt worden. Ich kann aber diesen Punkt deswegen nicht völlig beiseite lassen, weil er mit diesen "Gefühlen" zu tun hat, die die Nation heute beherrschen, Gefühlen eben vielleicht berechtigter, vielleicht aber nicht völlig berechtigter Sicherheit. Der Ausgang der Brüsseler Gespräche hat selbst bei den Gegnern der Integration eine gewisse Euphorie zur Folge gehabt; es scheint bedeutend besser herausgekommen zu sein, als wir es haben hoffen dürfen. Im Augenblick ist bei einer weiteren Oeffentlichkeit die Tatsache offenbar nicht bekannt oder spielt keine Rolle, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz durch diese Entwicklung auf neue Proben gestellt werden wird. Die Konkurrenz wird härter werden, und die Nation wird aufgerufen sein, sich zu bewähren. Wenn Sie mir einen völlig trivialen Fussball-Vergleich erlauben : wir sind bis jetzt ein Regionalklub gewesen und können nun in die europäische Liga B aufsteigen. Ein solcher Aufstieg wird erfahrungsgemäss zunächst gewaltig gefeiert. Man freut sich darüber, dass man jetzt zu den besseren Klubs gehört; es winken grössere Einnahmen. Aber die Erfahrung zeigt auch, dass der Verbleib in der oberen Spielklasse nur möglich ist bei härterem Training. Im Ernst und nicht bildlich gesprochen : der Rang, den die Schweiz in den neuen Konstellationen politisch einnehmen wird, hängt wesentlich von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab. Und das ist ebenso wesentlich ihre Leistungsfähigkeit als moderner Industriestaat.

Die Wettbewerbsfähigkeit, das heisst die Exportfähigkeit unserer Industrie, hat in der Vergangenheit in hohem Masse abgehangen von der Qualität der Produkte, und das war in vielen Fällen Qualität der manuellen Arbeit. Der Bericht der OECD über die schweizerische Wissenschaftspolitik legt Gewicht auf die Feststellung, dass die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen

./.

dodis.ch/34611

Industrie in Zukunft in engstem Zusammenhange mit ihrer Innovationsfähigkeit stehen werde. Diese beweist sich in den industriellen Entwicklungen (im engeren Sinne), hängt aber wesentlich auch ab von der wissenschaftlichen Ausbildung der in der Forschung und im Management tätigen industriellen Kader. Deswegen kommt der schweizerischen Wissenschafts- und Forschungspolitik im nächsten Jahrzehnt grosse Bedeutung zu.

Hier stellen sich Strukturprobleme. Unser Bildungswesen im weitesten Sinne ist heute, auch auf der Stufe der Hochschulen und der Forschung, abgesehen von den beiden Technischen Hochschulen, immer noch massgeblich von den Kantonen getragen. Es fragt sich, ob das weiterhin möglich ist. Alle Hochschulkantone sind in zum Teil harten Finanznöten. Wenn die schweizerische Wirtschaft und Wissenschaft internationalen Ansprüchen genügen müssen, darf die Entwicklung der Hochschulen und der Forschung nicht von den Zufällen der politischen und finanziellen Lage in den Kantonen abhangen. Der Gang vieler schweizerischer Angelegenheiten seit 1849ist lehrreich. Auf allen Gebieten, auf denen die internationale Leistungsfähigkeit der Schweiz auf dem Spiele steht, wo es also nicht um autarke Kulturpflege geht, sondern wo der Vergleich mit den Nachbarn entscheidend ist, hat immer der Bund aktiv werden müssen. Das augenfälligste Beispiel ist das Wehrwesen. Aehnliches gilt aber auch für die volkswirtschaftlichen Regelungen, die heute praktisch alle vom Bund getroffen werden. Der Nationalstrassenbau war offenbar die Einübung und der erste Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden nationalen Verkehrspolitik. Eine nationale Energiepolitik drängt sich auf, und es hängt offenbar viel davon ab, dass die Raumplanung nicht nur je Kanton, sondern national vollzogen werden kann.

Auch wenn man Verständnis hat dafür, dass die Kantone an der überkommenen Schul- und Kulturhoheit hangen, kann man sich der Einsicht nicht verschliessen, dass die Wissenschafts- und Forschungspolitik, insbesondere die Hochschulpolitik, in Zu-

./.

dodis.ch/34611

kunft im wesentlichen national konzipiert werden müsse. Mit Subventionen kann man auskommen, solang kein Anlass besteht, vom Bunde aus in die Kantonalen Konzeptionen einzugreifen. Aber auf dem Felde der Hochschulpolitik stehen wir nun auch an dem Punkt, der auf anderen Gebieten schon früher erreicht worden ist : die Probleme sind nicht mehr kantonal lösbar; an die Stelle unkoordinierter kantonaler Ausbauvorstellungen muss eine nationale Gesamtkonzeption treten - von diesem Augenblick an muss der Bund zwar durchaus nicht alles an sich ziehen, aber innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe die Führung übernehmen. Darüber wird in den nächsten Jahren noch viel geklagt werden, wie man seinerzeit darüber klagte, dass die Kantone die Zoll- und Münzhoheit abgeben mussten und nicht mehr ihre eigene Bündnispolitik, ihre eigene Militärpolitik, ihre eigene Eisenbahnpolitik treiben konnten. Heute besteht in all diesen Fällen Einigkeit darüber, dass die nationalen Lösungen die einzig richtigen waren.

Man sollte Wissenschaft und Forschung jetzt ebenso ernst nehmen wie die Verkehrs-, Energie- und Raumpolitik. Es geht bei unserer Bildungs- und Wissenschaftspolitik um eine entscheidende Vorbedingung künftiger schweizerischer Präsenz in der Welt.

Dass die industrielle Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenhang steht mit der Qualität der schweizerischen Wissenschaft und Forschung, ist im Volke wenig bekannt. Die Einsicht, wie sehr der Lebensstil und der Lebensstandard der Nation verflochten sind mit der Frage, ob es unserer Industrie gelingt, die erworbene Stellung zu halten, ist gering. Die Wissenschaft scheint für die Professoren dazusein, die Industrie für das Grosskapital. Es ist weder der schweizerischen Industrie noch der Wissenschaft gelungen, in den Augen der Oeffentlichkeit sich so darzustellen, wie es notwendig wäre.

./.

dodis.ch/34611

III. Willensnation und Wunschstaat

Man bezeichnet die Schweiz zu Recht als eine Willensnation. Der Zusammenhang anderer Nationen ist durch gemeinsame Sprache oder gemeinsame Rasse gegeben; auch die Religion kann ein Element der Kohärenz sein. All das fällt für die Schweiz aus, und auch unser Territorium ist, anders als die Britische Insel, nicht so beschaffen, dass es uns natürlicherweise zusammenschlösse. Die Alpen bilden keine Grenze; alle Flüsse verlassen das Land.

Die Schweiz wird also nur solange bestehen, als die Menschen, die hier leben, diesen Staat wollen. Sie haben ihn bisher immer umso bewusster und entschiedener gewollt, je weniger verlockend es war, in einem unserer Nachbarstaaten zu leben, sei es, weil er im Kriege stand, oder weil er undemokratisch regiert wurde, oder weil die wirtschaftlichen Verhältnisse dort schlechter waren. Und dieser Wille zum schweizerischen Staat ist immer auch automatisch gestärkt worden, wenn einer unserer Nachbarn Anspruch auf Teile der Schweiz erhoben hat.

Noch nie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, seit es die heutige Schweiz gibt, haben all diese Elemente eine so geringe Rolle gespielt wie heute. Noch nie hat sich die Schweiz, was das politische System oder die wirtschaftliche Lage anbetrifft, von ihren Nachbarn so wenig unterschieden wie heute, und noch nie war der Druck von aussen oder gar die Drohung so gering wie jetzt. Darum ist es heute einem Staatsmann, der die Kräfte der Kohärenz stärken möchte, kaum möglich, an jenen ältesten Instinkt zu appellieren, der in unserer Geschichte immer wieder so wichtig war: an den Widerstandsgeist. Man kann heute defensive Emotionen, die in unserer Geschichte eine so grosse Rolle gespielt haben, kaum mobilisieren. Weil also heute die Zustimmung zu unserem Staat nicht auf die Absage an die Staaten um uns herum gegründet werden kann, weil die Nachbarn so ähnlich geworden sind, gibt es nun schon die Frage: Warum eigentlich Schweiz?

dodis.ch/34611

Insbesondere die jungere Generation ist nicht bereit, "die Schweiz" zu bejahen, sondern nur eine ganz bestimmt beschaffene Schweiz. Von 1914-1945 galt unser Staatswille der Existenz der Schweiz. Man wollte, dass sie nicht untergehe; verglichen damit waren alle anderen Fragen sekundär. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist diese Daseinsfrage wie eingeschlafen. Woran man denkt und was man diskutiert, ist nicht das Dasein, sondern das Sosein der Schweiz, nicht ihre Existenz, sondern ihre Form. Man will die Schweiz, insofern sie eine gerechte, soziale, optimale Demokratie darstellt. Man macht die Bereitschaft, in diesem nationalen Verein zu bleiben, von den Leistungen abhängig, die er für die einzelnen Mitglieder erbringt. So ist die Innenpolitik weithin durch immer höhere Ansprüche an den Staat gekennzeichnet. Wenn für die Diktaturen gilt, dass das Leben des einzelnen nur gesichert ist, wenn er sich dem Staate fügt, so ist es hier nun recht genau umgekehrt: man sichert diesem Staat ein Lebensrecht nur zu, wenn er bereit ist, sich den an ihn gestellten Ansprüchen zu fügen. Man macht die Kohärenz und die Existenz des Staates von der Effizienz seiner Leistungen abhängig. Diese Ansprüche sind nicht nur finanzieller Natur. Der Ausbau des Sozialstaates bringt Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeitszeitregelung, der Sozialversicherung, neuerdings der Mitbestimmung usf. Der jüngste Schritt ist auf dem Felde des Bildungswesens geschehen; der Staat garantiert dem Bürger das Recht auf Ausbildung. Mit diesem neuen Sozialrecht kann sich auch ein Liberaler einverstanden erklären, sofern der einzelne, der in den Genuss dieser Regelung kommt, das Seinige zu leisten bereit ist. Es ist aber einigermassen alarmierend, dass in der öffentlichen Diskussion dieser letzten Monate es, selbst im eidgenössischen Parlament, nicht an Stimmen gefehlt hat, die mit Deutlichkeit festhielten, es dürfe aus dieser neuen Pflicht des Staates keinerlei Pflicht für den einzelnen erwachsen. Dieser müsse seiner persönlichen Neigung folgen können, und es sei ein Akt der Repression, wenn der Staat, beziehungsweise die Schulleitungen, von den Schülern auch Leistungsausweise, das heisst Prüfungen verlangen. ./.

dodis.ch/34611

Wenn Parlament, Regierung und Volk sich auf diesen Weg begeben, muss man für die Zukunft schwarz sehen. Eine Einstellung zum Staat, nach der der einzelne immer mehr Rechte ihm gegenüber beansprucht, aber ihm die seinigen beschneidet, oder anders gesagt, nach der nur der Staat Pflichten hat, der einzelne aber in jedem einzelnen Fall sich überlegen darf, ob er eine Pflicht auf sich nimmt - eine solche Denkweise wird, mag sie sich sozial oder progressiv nennen, über kurz oder lang zur Auflösung unseres Staates führen.

Es ist gefährlich, wenn die Diskussion über das Sosein des Staates effektiv nur Diskussion über die Ansprüche ist, die man an ihn stellt. Solange es um das Dasein der Schweiz ging, standen die Pflichten des einzelnen ihm gegenüber im Vordergrund, unter denen der Wehrpflicht die erste Rolle zukam. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Die wortgewandtesten Gäste der Pension Helvetia heute sind Gourmets. Sie essen nicht, was auf dem Tische steht, sondern was sie wollen. Und finden die Rechnung in jedem Fall zu hoch. Man ist sehr sicher, dass Hochkonjunktur und Friede immer auftragen werden, was man nur wünscht.

./.

dodis.ch/34611

IV. Die Neutralität als negatives Symbol

Eine Analyse der gegenwärtigen geistigen Lage der Schweiz wäre rudimentär, wenn man nicht auch auf die sogenannte "contestation" zu sprechen käme. Sie ist zwar ein internationales Phänomen, muss aber in unserem Lande insofern vielleicht ernster genommen werden, als sie die Stelle der fehlenden politischen Opposition einnimmt. Dabei soll uns jetzt nicht die "contestation" der Jugend primär beschäftigen, sondern jene politische Ideologie, wie sie bei den sogenannten Intellektuellen zu finden ist, im literarischen Schrifttum also, aber auch bei jenen Gruppen, die sich am Rande der politischen Parteien "kritisch artikulieren".

In die Augen springt eine mächtige zentrifugale Bewegung. Was in Kunst und Kultur geschieht, geschieht selbstverständlich im Einklang mit dem, was sich international zeigt. Die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts unser Kulturleben stark bestimmende Idee, es gehe um die Wahrung und Mehrung des nationalen Erbes, ist völlig unzeitgemäss. Dieses Erbe spielt kaum eine Rolle mehr, wie überhaupt Abkehr von der Geschichte, Geschichtslosigkeit zu den Zügen der Gegenwart gehört.

Was dieser von der Nation und ihrem Erbe wegführenden Bewegung zugrunde liegt, ist verschiedenartig. Einmal ist im Spiel eine gewisse Angst, die Schweiz habe den Anschluss an die Zeit verloren. Daneben gibt es aber auch das andere, positivere Element : man will sein Denken und sein Handeln nicht durch die nationalen Grenzen einengen lassen; moralisch-geistiges Engagement scheint in der heutigen Zeit nicht mehr der Nation, nur noch der Menschheit gelten zu dürfen.

Die Vertreter dieser Strömung - sie sind zahlreich, und es gehören gute Namen dazu - sind überzeugt, unser Weltbild sei bis jetzt auf verhängnisvolle Weise "helvetozentrisch" gewesen. Nun schaut ja jede Nation die Welt von ihrem Standpunkte aus an; das ist natürlich und kann wohl niemandem zum Vorwurf gemacht werden.

./.

dodis.ch/34611

Die Helvetozentrik aber scheint in den Augen dieser Kritiker auf ungute Weise durch die bekannte Vorstellung bestimmt zu sein, dass wir einen "cas unique", einen absoluten Einzel- und Sonderfall darstellen. Sähe man das Wesen dieses "cas unique" in der Tatsache, dass sich hier Angehörige von vier Sprachen zu einem Staat ohne Sprachenkrieg zusammengeschlossen haben, könnte er wohl heute, da die Zusammenschlüsse an der Tagesordnung sind, positiv gewertet, ja sogar als ein interessantes Modell verstanden werden. Die kulturelle Vielfalt spielt aber für diese Kritiker kaum eine Rolle. Sie tendieren, namentlich die Schriftsteller, wesensmässig eher nach den grossen Sprachgebieten. Und sie haben auch nicht völlig unrecht, wenn sie sagen, dass dieses Zusammenleben verschiedener sprachlicher Gruppen bei uns zwar politisch funktioniert; vom kulturellen Zusammenleben aber kann nichts sehr Positives gesagt werden. Das kulturelle Verhältnis der sprachlichen Regionen zueinander ist eher dasjenige einer schweigenden Koexistenz. Es ist also nicht dieser föderalistische Sachverhalt, was für die Vorstellung des "cas unique" entscheidend ist, sondern die Neutralität. Aus Gründen, die hier gewiss nicht darzulegen sind, hat sie heute objektiv nicht mehr die Bedeutung wie etwa zwischen 1914 und 1945. Die Meinung der heutigen Kritiker wäre etwa so zu bezeichnen: auch wenn man möglicherweise noch bereit ist, den instrumentalen Wert der Neutralität in gewissen Situationen anzuerkennen, wirft man der Entwicklung vor, dass dieses Instrument zu einer Art Prinzip, ja zu einer Zielvorstellung geworden sei. Instrumental meint die Neutralität, dass man sich zu keiner Kriegspartei schlägt. Als Staatsprinzip aber würde sie heissen, dass dieser Staat sich vor allem als einer versteht, der sich absondert. Da würde denn die Landesgrenze zu einer Grenze der Solidarität, des Engagements, der Moral.

In der genannten internationalen Strebung der heutigen Opposition steckt der Wille, ein durch die Neutralität wenn nicht geschaffenes, so doch verstärktes und in ihr symbolisiertes egoistisches Pharisäertum aufzugeben.

./.

dodis.ch/34611

Das führt nun logischerweise zu einer ganz bestimmten Form innenpolitischer Kritik. Wer zu Recht oder zu Unrecht überzeugt ist, Pharisäer vor sich zu haben, muss unweigerlich dazu gedrängt sein, denjenigen, die Gott danken, dass sie nicht sind wie die andern, nachzuweisen, dass sie sind wie die andern. Das ist der Nenner, über dem die heutige Kritik an der schweizerischen Vergangenheit steht. Das Land des Roten Kreuzes wird nun als Land der engherzigen Flüchtlingspolitik demaskiert. Das Land Pestalozzis als dasjenige mit einem rückständigen Bildungssystem. Das Land des Friedens als dasjenige, in dem die militärische Landesverteidigung eine dominante Rolle spielt. Das Land der Neutralität als dasjenige, das auch die Achsenmächte während des Krieges mit Waffen beliefert hat. Das Land des Arbeitsfriedens als dasjenige, in dem man die Auseinandersetzungen unterdrückt. Das Land der Vielsprachigkeit als dasjenige, in welchem die Fremdarbeiter gesellschaftlich deklassiert und wirtschaftlich ausgebeutet werden. Das Land, das auf seine Unabhängigkeit so stolz ist, als dasjenige, welches industriell und finanziell mit dem internationalen Kapital verflochten ist wie kaum ein zweites. Das Land, in dem die Demokratie erfunden zu sein scheint, als dasjenige, in welchem bis vor kürzestem die eine Hälfte der Staatsbürger kein Stimmrecht hatte. Es ist eine Lust, dem Pharisäer nachzuweisen, wie unbegründet sein moralisches Selbstgefühl ist. Und wenn derjenige, der sich diesem Geschäft widmet, überdies überzeugt ist, das Verhältnis zwischen Söhnen und Vätern müsse modernerweise in jedem Fall nach dem Schema des Oedipus geregelt werden, kommt es zu einer moralischen Abschlachtung der Väter, die ihresgleichen sucht. Man springt mit der Generation der heute Fünfzigjährigen und Aelteren nicht anders um, als es die Deutschen mit ihren nationalsozialistischen Vätern oder die Franzosen mit den Kollaborationisten tun.

Es geht nicht ohne etwas Psychologie, wenn man das alles zu verstehen sucht.

./.

dodis.ch/34611

Diese jüngere Generation will sich von dem Komplex befreien, wir seien eine gerechte, moralisch bessere Nation. Man befreit sich von diesem Komplex durch den Nachweis, dass wir nichts anderes und nicht besser sind als alle anderen auch und dass die Neutralität eine Wirklichkeit deckte, welche moralisch unehrlich war.

Wenn man zu wählen hätte zwischen einem Sohn, der die Väter und die Vergangenheit gedankenlos heroisiert, und einem anderen, der sie, vielleicht aufs ungerechteste, kritisiert, müsste man doch wohl dem zweiten den Vorzug geben; dem ersten wäre nicht ganz zu trauen. Es ist in dieser Befreiung von der Vorstellung, wir seien als neutrale Nation eine Ausnahme-Nation, etwas wirksam, was positiv sein kann. In der Psychologie braucht man den Ausdruck, es müsse ein Mensch, der sich selber finden und verwirklichen wolle, seinen "Schatten" an sich ziehen. Insofern in dieser kritischen Betrachtung eines schweizerischen Pharisäismus der Wille wirksam ist, den Schatten der Nation nicht zu verdrängen, sondern zu integrieren, sind die Opposition und die "contestation" ganz sicher auch für die ältere Generation heilsam. Wer sich aber nicht einfach bei der jugendlichen Opposition anbiedern will, muss freilich beifügen: die Redlichkeit und Ernsthaftigkeit einer solchen Integration des "nationalen Schattens" wird in Frage gestellt, wenn er augenblicklich auf gewisse Sündenböcke projiziert wird. Wer bei dem legitimen Versuch, die eigene Nation ohne jede Beschönigung zu sehen, augenblicklich so haarscharf die Grenze zu ziehen weiss, welche die Guten von den Bösen scheidet, macht die Ernsthaftigkeit des Unternehmens unglaubwürdig. Die Träger der genannten Kritik sind wohl alle glühende Feinde jedes Antisemitismus. Antisemitismus ist, wenn man genau weiss, welche Minderheit an allem Bösen schuld ist. Es ist eine im besten Sinne "antisemitische" Simplifikation, wenn "das Kapital" und "die Industrie" und "die Offiziere" und "die Bundespolizei" usf. a priori als diejenigen feststehen, die eigentlich am Schatten schuld sind. Die Geschichte ist immer weniger einfach als die moralischen Prozesse, welche die Nachfahren ihr machen.

./.

dodis.ch/34611

V. Undeutliche Oeffnung nach aussen

Was nun jene Bereitschaft des bekehrten Pharisäers anbetrifft, sich in die internationale Politik einzugliedern und viereinhalb Jahrhunderte später dem Rückzug von Marignano ein neues Engagement draussen folgen zu lassen, so stehen hier der Beitritt zur UNO, die Entwicklungshilfe, die Wirtschaftszusammenschlüsse u.a.m. zur Diskussion. Die Evaluation all dieser verschiedenen Möglichkeiten ist nicht meine Sache. Aber da ich von der Einstellung des Bürgers zum Staat zu sprechen habe, darf ein Bedenken nicht verschwiegen werden. Im Unterschied zu Staaten, in denen aussenpolitische Aktivität seit Jahrhunderten selbstverständlich ist, trifft man bei uns auf einige sonderbare Vorstellungen, was das Wesen der internationalen politischen Präsenz eines Staates anbetrifft, auf den grundsätzlichen Irrtum vor allem, es gehe um die Ablösung bisheriger Aktivitäten des Staates durch neue, nun eben international ausgerichtete. Ich nenne ein paar Beispiele : man verlangt, dass der Geschichtsunterricht in den Schulen von Anfang an auf Weltgeschichte ausgerichtet sei. Man schlägt vor, dass die Landesverteidigung, als Verteidigung eines einzelnen Kleinstaates, weitgehend abgelöst werden solle durch Beteiligung an internationalen Blauhelmaktionen, Mitwirkung bei multinationaler technischer Hilfe und durch intellektuelle Arbeit in Instituten für Friedens- und Konfliktsforschung. Man hat in der Diskussion der Zweckbestimmung der Technischen Hochschulen die Bestimmung bekämpft, dass Unterricht und Forschung den schweizerischen Problemen besondere Aufmerksamkeit schenken sollen. Viele Intellektuelle neigen heute zur Annahme, wenn man einem geistigen oder künstlerischen Werk anmerke, woher etwa es gekommen und auf welchem Grund es gewachsen sei, so sei das von vorneherein ein Mangel und komme einer Einbusse an menschheitlich-geistiger Qualität gleich. Usf. In all dem prägt sich die Meinung aus, was schweizerisch-national sei, sei seinem Wesen nach provinziell, ja seldwylisch. In radikalen Fällen ist es ja so, dass der Begriff der Nation als eine böswillige Erfindung ausgegeben wird;

./.

dodis.ch/34611

Nationen seien keine Wirklichkeiten - wirklich sei nur die Menschheit.

Man möchte über diese groteske Auffassung, wonach, wer sich als soziales Wesen verstehe, seine Individualität auslöschen müsse, leicht hinweggehen, aber man sollte es wahrscheinlich nicht tun; sie ist gefährlich. Es kann nämlich nicht von der Hand gewiesen werden, dass die Intensität, mit der sich jemand für ein Kollektiv einsetzt, im allgemeinen dem Grade der Konkretheit entspricht, welchen dieses Kollektiv besitzt. Es ist nun einmal so, dass die staatsbürgerlichen Pflichten konkret sind und eine Leistung abverlangen, während die menschheitliche Verpflichtung, zu der man sich bekennen mag, sich unter Umständen rein rhetorisch austoben kann. Es ist verlockend, sich aus der Nation in die Menschheit wegzuschleichen. Kein Brite oder kein Italiener oder kein Franzose käme auf den Gedanken, die internationale Präsenz seiner Nation hange davon ab, dass sich der einzelne Angehörige derselben möglichst wenig als Brite oder Italiener oder Franzose empfinde. Es ist wahrscheinlich nötig, dass diejenigen, welche eine Vorstellung haben, was aussenpolitische Aktivität heisst, ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern mit aller Deutlichkeit betonen : auch in einem Staat, der aussenpolitisch in hohem Ausmass aktiv ist, haben sich weit über 99 Prozent der Staatsbürger national zu betätigen, weil das die alleinige Voraussetzung dafür bildet, dass der Staat international präsent und von Gewicht ist. Wir könnten hier den Bogen zurückschlagen zu den Begriffen der Leistungsfähigkeit und der Kohärenz. Das Gewicht, das ein Kleinstaat wie die Schweiz in Verhandlungen, wie sie in Brüssel geführt worden sind, oder in der UNO haben wird, hängt nicht von dem Ausmass an internationalen Gefühlen ab, welche in der Schweiz aufgebracht werden. Sondern von der glaubwürdigen Substanz dieses Landes, die ihrerseits abhängig ist von dem nationalen Willen zur Kohärenz und zur Leistung. Man wartet in der UNO nicht darauf, dass ein weiterer Kleinstaat die moralische Rhetorik der Vollversammlungen bereichert. Und in dem härteren Klima von Brüssel zählen ohnehin nur Realitäten.

./.

dodis.ch/34611

Jetzt lockt nicht wenige Schweizer die internationale Dimension, der Aufstieg eben in die höhere Spielklasse. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Regierung, diese gewiss gutartigen und moralischen, aber vagen und zum Teil verblasenen Vorstellungen umzusetzen in die konkrete Wirklichkeit künftiger Aufgaben und Pflichten. Der Beitrag der Schweiz zur Völkergemeinschaft und zur Völkerverständigung wird genau so viel gelten, als er konkret sein wird. Ein Teil unserer Nation hat heute eine Anzahl Schlagwörter und Parolen aus der Sprache der internationalen Politik übernommen. Aber ihre genaue Grammatik, die harten Regeln der Syntax und der Aussagen und der Tätigkeiten müssen erst noch gelernt werden.

Es ist nötig - wir haben es einleitend angedeutet - , dass wir die Grenze nicht vergessen, die zwischen dem Staat und der Nation als Gesellschaft besteht. Nicht alles, was die Nation bewegt, kann und darf für die Regierung verbindlich sein. Sie soll sich nicht zuletzt durch einen höheren Grad von Wirklichkeitssinn auszeichnen. Es ist nicht die Aufgabe der Regierung, die Segel so zu setzen, dass sie den öffentlichen Wind auffangen. Eine Regierung hat nicht die Segel zu bedienen, sondern das Steuer.

Zusammenfassend möchte ich also zur geistig-seelischen Lage der Nation heute mit dem Blick auf die Zukunft sagen : die Zeit, wo die schweizerische Nation sich als autark und ihren Staat als einen "cas unique" verstanden hat, geht dem Ende zu. Es muss offenbar geprüft werden, in welcher Weise ihre internationale Präsenz, wie sie wirtschaftlich ja schon besteht, politisch artikuliert werden kann. Dabei wird die falsche Vorstellung zu bekämpfen sein, nach welcher internationale Präsenz mit einem Abbau der nationalen Kohärenz und der nationalen Leistung verbunden wäre. Der Abbau der nationalen Selbstgefälligkeit ist von Gutem, und es gibt einige schweizerische Axiome, die revidiert werden können. Aber in einem Punkte gibt es nichts zu korrigieren, sondern traditionell und konservativ zu bleiben : in der Ueberzeugung nämlich, dass "Image" und Geltung der Schweiz in der Welt von den konkreten Leistungen dieser Nation abhangen und von nichts anderem.

* * *